

Probleme der algerischen Gewerkschaft

Die algerische Gewerkschaft UGTA (Union Generale des Travailleurs Algériens) wurde im Februar 1956 im Auftrage der FLN von muslimischen Arbeitern gegründet. Die meisten Gründer der UGTA hatten zuvor gründliche Erfahrungen in der französischen Gewerkschaftsbewegung gesammelt. Daraus zogen sie für ihr Land eine Lehre: die algerische Arbeiterschaft dürfe unter keinen Umständen an einer Zersplitterung der gewerkschaftlichen Organisation leiden.

Viele algerische Gewerkschafter gingen kurz nach Gründung der UGTA ins Ausland. Als sie seit 1959 mit den kommunistischen Gewerkschaften in Osteuropa Kontakte aufnahmen, machten sie dort eine Beobachtung, aus der sie Schlüsse für ihre eigene Innenpolitik ziehen wollten: Um keinen Preis wollten sie die UGTA in die Hände des algerischen Staates oder der Partei geraten lassen. In den Revolutionsjahren gab es keine parteipolitischen Auseinandersetzungen zwischen UGTA und FLN. Dagegen fehlte es nicht an Spannungen zwischen der Gewerkschaft und der provisorischen Regierung (GPRA). Besonders in den letzten Kriegsjahren war die algerische Gewerkschaft von dem zunehmenden Einfluß des einheimischen Bürgertums in der Exilregierung beunruhigt. Sie selbst war seit der Ermordung ihres ersten Nationalsekretärs *Aissat Idir* weder im Revolutionsparlament (CNRA) noch in den Delegationen der algerisch-französischen Friedensverhandlungen vertreten. Zwar hatte die UGTA unter den Diplomaten und Parlamentariern Freunde, aber diese waren nicht imstande, die Interessen der Gewerkschaft wahrzunehmen. Bei den Offizieren der Nationalen Befreiungsarmee (ALN) hat sie niemals Anklang gefunden.

Es nimmt darum nicht wunder, daß die UGTA während der FLN-Krise im vergangenen Sommer auf strikte Neutralität achtete. Während diese Position gewissenhaft gegenüber den sich befehlenden Wehrbezirken (Wilayas) beachtet wurde, war ihre Haltung in dem Konflikt zwischen den „Stadtpatrioten“ um *Ben Khedda* und den „Landpatrioten“ um *Ben Bella* nur formell neutral. Mit größerer Sympathie verfolgte die UGTA die Politik des städtischen Bürgertums, wenn es auch ihr natürlicher „Klassenfeind“ war.

Immerhin waren sich die Städter — Bürger und Gewerkschafter — einig in dem Ziel einer pluralistischen Politik. Die Klassen- und Standesinteressen sollten nach ihrer Meinung von verschiedenen politischen Parteien und unterschiedlichen nationalen Organisationen vertreten werden.

Dieses Prinzip widerspricht aber ganz und gar der ländlichen Mentalität. Die Sozialverfassung algerischer Dörfer ist zwar von Region zu Region unterschiedlich, gemeinsam ist aber allen die zentrale und einheitliche Führung, sei es im Ältestenrat (Jemaa), sei es beim Dorfältesten oder Bürgermeister. Die „Landpatrioten“ drängten also darauf, nach dem algerisch-französischen Krieg eine Einheitspartei, einen nationalen „Jemaa“, zu haben.

Natürlich halten wir Europäer mit unseren parlamentarischen Überlieferungen das Mehrparteiensystem mit seinen Kristallisationskernen in den Städten für demokratischer, aber Algerien ist ein Bauernland; 80 vH der Bevölkerung lebt in der ländlichen Überlieferung. Nicht nur das. Algerien ist das erste Land der arabischen und der afrikanischen Welt, in der die Landbevölkerung einen starken, wenn nicht den größten Anteil an der Befreiung von der kolonialen Vorherrschaft hatte. Die Fellachen und Landarbeiter trugen die materiellen und personellen Lasten der Nationalen Befreiungsarmee. Sie fanden in dem früheren Armeeführer *Boumédiène* und dem späteren Staatspräsidenten *Ben Bella* politische Sprecher, die auch zugleich einsatzfreudige Politiker waren.

Die algerische Stadtbevölkerung war dagegen zersplittert. Ihre bürgerlichen Politiker waren zwar gute Analytiker, aber es fehlte ihnen die Entschlußfähigkeit. Überdies trugen manche bürgerliche Politiker untereinander persönliche Feindschaften aus. Wären sie an die Macht gekommen, Algerien hätte gleich seine „Vierte Republik“ proklamieren können. Die Gewerkschaft hatte sich streng an das alte funktionalistische Führungsprinzip der FLN gehalten. Innerhalb der UGTA gab es keinen Personenkult, ja es gab nicht einmal einen profilierten Gewerkschaftsführer. Die Mitglieder des Nationalsekretariats der UGTA waren der Öffentlichkeit unbekannt und fremd. Schließlich sind weder die Industriearbeiterschaft noch das Bürgertum in Algerien zahlenstark. Nicht einmal in den Städten können sie eine politische Kraft entfalten, solange die breite Masse des amorphen Unterproletariats das soziale Bild der algerischen Groß- und Mittelstädte bestimmt.

Unter diesen Umständen brach das pluralistische Konzept der Städter recht bald nach der FLN-Krise zusammen. Nur die UGTA versuchte als letzte, ihre Autonomie gegenüber der Einheitspartei zu wahren. Ideologisch stützte sie sich dabei auf die Thesen eines klassenkämpferischen, wenn auch nicht kommunistischen Sozialismus. Auf dem 1. Nationalkongreß der UGTA (17. bis 20. Januar 1963) legten die alten Gewerkschaftsführer einen Bericht über die politische Orientierung vor. Darin hieß es: „Die Anwesenheit des ausländischen Kapitalismus dient nicht dem Aufbau des Sozialismus. Jeder kennt das Ziel der Kapitalisten, in verschiedenen Formen die revolutionären Bewegungen zu hemmen, wobei sie sich mit den rückständigsten nationalen Kräften verbünden . . . Um nur vom Erdöl und vom Gas der Sahara zu sprechen: die Verträge von Evian sind nicht geeignet, schnell das soziale und wirtschaftliche Gleichgewicht herzustellen.“

Die alten Nationalsekretäre griffen auf diesem Kongreß die einheimische Privatwirtschaft an, sie stellten den Wert der Agrarreform in Frage, sie forderten die Industrialisierung der Landwirtschaft und die Bereitstellung von Kommunikationsmitteln zwischen Land und Stadt. Mit einem Wort, sie wollten die Landbevölkerung in den Lebensbereich der Städte einbeziehen und gleichzeitig durch unverzügliche Nationalisierung den Einfluß des städtischen Bürgertums zurückdrängen.

Ben Bella ist dagegen überzeugt, sein Land nicht ohne „Evian“, nicht ohne die Privatwirtschaft aufbauen zu können. Auch von der Gewerkschaftspolitik hat er eine andere Vorstellung. Nur wenn 80 vH der Gewerkschaftsdelegierten ihren Turban tragen, das heißt, die Landbevölkerung vertreten würden, dann wäre nach seiner Meinung das Ziel der UGTA erfüllt. *Ben Bella* möchte also im Gegensatz zur alten Gewerkschaftsführung die UGTA in die Lebensformen der Landbevölkerung überführen.

Mit dem klassischen Stil europäischer Gewerkschaften hat das wenig gemein. Aber hier geht es nicht darum, alte Formen unter neuen Umständen zu bewahren. Das war der Irrtum der bisherigen Gewerkschaftsführung, die auf dem Nationalkongreß in burlesker Weise und mit wahrhaft undemokratischen Methoden von den Anhängern *Ben Bellas* abgesetzt wurde. Die alten Gewerkschafter, erfahren in der Schule der französischen CGT, waren ihrem eigenen Volke zu weit entfremdet worden. Viele von ihnen hatten mehr Freunde in Ost- und Westeuropa als in ihrer eigenen Heimat. Weder mit den Methoden des Klassenkampfes noch mit der Interessenvertretung der arbeitenden Bevölkerung kann die Unterentwicklung bekämpft werden. Den Gewerkschaften in Tunesien (UGTT) und in Marokko (UMT) ist es nicht gelungen, aus dem Bereich der wenigen Fabriken und Bergwerke ins Land vorzustoßen. Sie haben darum nicht die Basis einer konstruktiven und wirkungsvollen Politik finden können. Die algerische Gewerkschaft war von dem gleichen Hemmnis bedroht.

Es fragt sich allerdings, ob die neue Gewerkschaftsführung, die sich bedingungslos dem Politischen Büro der FLN untergeordnet und alle Arbeiter verpflichtet hat, „schnell und gewissenhaft die Anordnungen der FLN auszuführen“, einen besseren Weg findet.

Auf dem Nationalkongreß der UGTA konnten die Meinungsverschiedenheiten nicht geklärt werden, weil die Aussprache zu sehr unter persönlichen Diffamierungen litt. Nach dem Kongreß versöhnten sich die Gegner wieder. Das läßt hoffen, daß die algerische Gewerkschaft nicht zwischen scheinbaren Alternativen wählen muß. Denn die ländlichen „Nationalrevolutionäre“ und die städtischen „Sozialrevolutionäre“ unterscheiden sich voneinander weniger in ihren Prinzipien als in ihren Methoden. Die Nationalrevolutionäre sehen in der Arabisierung des Landes und in der langsamen Anpassung ursprünglicher Lebensformen an moderne Gegebenheiten die Stärkung und Neuentfaltung der algerischen „Persönlichkeit“. So, wie theoretisch innerhalb der Sippe soziale Gleichheit herrscht, möchten sie jetzt den sozialen Standard innerhalb der algerischen Gesamtbevölkerung ausgleichen. Nicht ohne Zufall sind die Mitglieder der FLN untereinander „Brüder“ und „Schwestern“, während die Mitglieder der UGTA nur „Kameraden“ sind.

Die städtischen „Sozialrevolutionäre“ wollen sich ihrerseits um soziale und wirtschaftliche Spannungsminderungen zwischen den Industrienationen und den unterentwickelten Ländern bemühen. Sie wollen in Algerien sozial-, kultur- und wirtschaftspolitisch Brückenköpfe bilden, die auf dem gleichen Niveau wie Frankreich liegen, selbst wenn ringsum im Lande der Lebensstandard noch niedrig ist. Die einen glauben, gleichmäßig, die anderen kontrastreich Algerien entwickeln zu müssen. Wenn die einen konsequent sind, laufen sie Gefahr, alles zu nivellieren, den anderen droht, mit ihrer Politik die sozialen Spannungen zwischen Stadt und Land zu verschärfen. Die Lösung erfordert nicht nur Verständigung zwischen „Nationalrevolutionären“ und „Sozialrevolutionären“, zwischen Landpatrioten und Stadtpatrioten, sie bedarf auch des Verständnisses.

Algerien ist noch weit davon entfernt, seine innenpolitischen Spannungen gelöst zu haben. Mit der gewaltsamen Absetzung alter und der Ernennung neuer Gewerkschaftssekretäre ist es nicht getan. Aber Algerien ist zu arm, um sich zwei verschiedene Politiken leisten zu können. Es wäre diesem Land zu wünschen, daß es eine gesunde Gewerkschaft hätte, die nicht die politischen Kräfte verzettelt, sondern die sich mit der FLN in die nationalpolitischen Aufgaben teilt. Die neue Gewerkschaftsführung verspricht, sich besonders der Volkserziehung und dem Genossenschaftswesen zu widmen; in einigen Gegenden, so in Blida und Constantine, ist es der UGTA mit Erfolg gelungen, dafür inländische Kräfte zu mobilisieren.

OMER BECU

Die Entwicklungsländer müssen mit gewaltigen Wirtschaftsproblemen eigener Art fertig werden. Einige Landeszentralen haben Pläne für die Wirtschaftsentwicklung ihrer Länder ausgearbeitet und sind sehr wohl imstande, sich für die Dauerinteressen ihrer Mitglieder einzusetzen; andere Gewerkschaften müssen diesen Beispielen folgen, damit sie in den kommenden schwierigen Jahren stets ihre Ziele klar vor Augen haben und ihre Bewegung stärken können, um diese Ziele zu erreichen. Starke freie Gewerkschaften werden in den Entwicklungsländern mehr denn je gebraucht... Unsere afrikanische Regionalorganisation muß so weit gestärkt werden, daß sie alles das leisten kann, was unsere afrikanischen Mitgliedsorganisationen von ihr erwarten.

(Freie Gewerkschaftswelt, Brüssel, Januar 1963)